

Initiative für eine Bürgerversammlung

c/o Heinz Behmann
[REDACTED]

23.4.1981

An die Mitglieder
des Rates der Stadt Hameln

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 18.3.1981 übergab eine Delegation von Hamelner Bürgern dem Oberbürgermeister Dr. Kock in seiner Sprechstunde mehrere hundert Unterschriften von Bürgern, die mit ihrer Unterschrift die Stadt bitten, eine Bürgeranhörung wegen der öffentlich bekanntgewordenen Bedenken gegen die Verwendung von untauglichem Stahl beim Bau der Sicherheitshülle für das Atomkraftwerk Grohnde durchzuführen. Zu dieser Bürgerversammlung sollten Vertreter der Bauherren von Grohnde, des TÜV Hannover, des Sozialministeriums als Genehmigungsbehörde und der Gruppe Ökologie Hannover als Kritiker eingeladen werden.

Dieses Begehren wurde vom Verwaltungsausschuß der Stadt Hameln in seiner Sitzung am 18.3.1981 mit uns unverständlichen Argumenten zurückgewiesen: "Im Anschluß an seine Beschlußfassung über die Erhebung der Verfassungsbeschwerde hat der Verwaltungsausschuß Ihren Wunsch nach einer vom Rat der Stadt Hameln einzuberufenden Bürgerversammlung erörtert. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Stadt mit der Verfassungsbeschwerde wirksamer tätig werden kann als durch eine Bürgerversammlung über Sicherheitsfragen" (aus dem Ablehnungsschreiben des Oberbürgermeisters).

Der Hinweis auf die Verfassungsbeschwerde der Stadt Hameln in Sachen Atomkraftwerk Grohnde erscheint uns als Begründung für die Ablehnung einer Bürgerversammlung wenig stichhaltig, denn die hier angesprochenen Sicherheitsbedenken werden von der Verfassungsbeschwerde nicht berührt, sondern diese dient lediglich dazu, Versäumnisse der Verwaltung bei den Einwendungsfristen, die zur Ablehnung der Klage der

Stadt Hameln durch das OVG Lüneburg geführt haben, zu korrigieren.

Daß die Bedenken gegen die Verwendung von hochfesten Feinkornbaustählen beim Bau der Sicherheitshülle für das Atomkraftwerk Grohnde nicht einfach an den Haaren herbeigezogen sind, zeigen die durch die Verwendung solcher Stahlorten notwendig gewordenen Milliarden-Reparaturen in den Atomkraftwerken Würgassen, Philippsburg I, Ohu und Brunsbüttel.

Wir geben auch zu bedenken, daß die Stadt Hameln es auch bei anderen Angelegenheiten (Ausbau des Felsenkellerwegs; B 83 Wehrbergen) nicht versäumt hat, die betroffenen Bürger zu informieren und anzuhören.

Unser einziges Anliegen ist es, daß die Bürger Hamelns sich informieren können, ob die erhobenen Vorwürfe mangelhafter Sicherheitsvorkehrungen beim Atomkraftwerk Grohnde berechtigt sind.


Wir meinen, daß wir als Bürger Hamelns ein Recht darauf haben, und wir hoffen, daß Sie als gewählte Vertreter der Bürger dieser Stadt im Stadtrat die Entscheidung des Verwaltungsausschusses vom 18.3.1981 korrigieren werden.

Wir würden es nicht verstehen, wenn hier das Begehren von mehreren hundert Bürgern zurückgewiesen würde, wo doch von Seiten der Stadt oft eine aktivere Beteiligung des Bürgers an Entscheidungsprozessen gewünscht wird.

Mit freundlichen Grüßen,

im Auftrag

mehrerer hundert Hamelner Bürger



Anlagen:

Presseinformation des Öko-Instituts

"Milliarden-Reparatur an vier KKWs", DeWeZet vom 17.2.1981

Stellungnahme des VdTÜV-Fachausschusses "Werkstoffe und Schweißen" vom 9.3.197